

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15

Inhalt

Mit Taschenspielertricks versucht die Bundesregierung ihre Schuldenmacherei auf die deutsche Einheit abzuwälzen. Aufklärung noch vor den Wahlen fordert **Joachim Poß** **MdB** Seite 1

Ein Amtszeugnis mußte sich die Bundesregierung in der Umweltpolitik ausstellen lassen. Ein Wechsel wird den Menschen und der Umwelt gut tun, meint die niedersächsische Umweltministerin **Monika Griefahn**. Seite 2

Warum die Bundestagswahl tatsächlich eine Richtungswahl ist, beschreibt der Vorsitzende der AfA, **Rudolf Dreßler MdB**. Seite 3

Kapitulation in der Klimaschutzpolitik auf der ganzen Linie, wirft dem Umweltminister Töpfer **Liesel Hartenstein MdB** vor. Seite 5

Initiativen zur Vollendung des EU-Binnenmarktes fordern von der deutschen Ratspräsidentschaft **Christa Randzio-Plath MdEP** und **Norbert Glante MdEP**. Seite 6

49. Jahrgang / 183

22. September 1994

Nur ein Viertel der Defizite einigungsbedingt Waigel darf seine eigenen Schulden nicht der deutschen Einigung in die Schuhe schieben

Von **Joachim Poß MdB**
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Jahrelang hat Bundesfinanzminister Waigel seine Schuldenpolitik mit den Haushaltsbelastungen durch die neuen Länder begründet und so getan, als ob die Defizite im Bundeshaushalt nur durch die Transferausgaben für die neuen Länder entstanden seien.

Erst auf parlamentarische Anfragen der SPD hat das Bundesfinanzministerium jetzt die wahren Zahlen veröffentlicht und zugegeben, daß "vom Defizit des Bundes in den Jahren 1991 bis 1994 etwa ein Viertel durch die Vereinnung bedingt ist" (Bundestags-Drucksache 12/8372, S. 22).

Kaum zu glauben, aber amtlich: Von den 226 Milliarden DM Kreditaufnahmen des Bundeshaushalts in dieser Legislaturperiode sind also nur rund 56 Milliarden DM einigungsbedingte Defizite. Oder: Von allen Schulden, die Waigel in den letzten vier Jahren im Bundeshaushalt gemacht hat, haben drei Viertel - das sind rund 170 Milliarden DM - mit der deutschen Einigung nichts zu tun!

In einer weiteren Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage nach dem einigungsbedingten Defizit des Bundes im laufenden Jahr mußte Waigels Parlamentarischer Staatssekretär Echemann zugeben: "Unter Berücksichtigung der einigungsbedingten Einsparungen, Umschichtungen und Abgabenerhöhungen" beläuft sich der einigungsbedingte Teil des Defizits des Bundes 1994 "je nach Schätzannahmen auf zehn bis 20 Milliarden DM". (Bundestags-Drucksache 17/7991, S. 16).

Bei diesen jetzt vom Bundesfinanzministerium korrigierten Zahlen fragt man sich, warum Bundeskanzler Kohl und seine CDU-Wahlkampforganisation mit Horrorzahlen von 550 Milliarden DM Transferleistungen des Bundes arbeiten. Sollen diese Zahlen Eindruck bei den deutschen Wählern machen, von den Schuldenrekorden des Bundesfinanzministers ablenken und Dankbarkeit bei den Bürgern in den neuen Ländern auslösen? Dabei belegen doch die Haushaltszahlen, daß bei den "550 Milliarden DM Bundeshilfen für die neuen Länder" sogar die 180 Milliarden DM mitgezählt wurden, die der Bund erst durch Steuern und Abgaben aus den neuen Ländern in die Bundeskasse bekommen hatte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vermöglicher Umgang
mit - erhaltener Rohstoffe
Recyclingpapier



Warum arbeitet die Bundesregierung mit so fragwürdigen Zahlen und sagt den Bürgern in Ost- und Westdeutschland nicht, daß von den jährlichen neuen Schulden im Bundeshaushalt nur etwa 15 Milliarden DM "einigungsbedingt" sind? Offensichtlich ist die Bundesregierung nicht daran interessiert, die richtigen Zahlen zu verbreiten und über Ihre wirkliche Verschuldungspolitik zu informieren. Ich fordere die Bundesregierung auf, dies noch vor den kommenden Wahlen nachzuholen. Die Bundesregierung darf ihre eigenen Schulden nicht der deutschen Einigung in die Schuhe schieben. Eine Aufklärung wäre auch ein längst überfälliger Beitrag zum Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland.

(-/22. September 1994/hgs/ks)

Regierungswechsel wird den Menschen und der Umwelt guttun
Enquete-Bericht stellt Umweltpolitik der Bundesregierung ein Armutzeugnis aus

Von Monika Griefahn
Umweltministerin von Niedersachsen

Ressourcenverschwendung und wachsende Abfallberge, ständig zunehmender Straßenverkehr, immer neue Belastungen durch Schadstoffe - allein diese Beispiele zeigen, daß das Kabinett von Helmut Kohl die anstehenden Probleme nicht einmal ansatzweise gelöst hat. Das werden wir besser machen. Ein Regierungswechsel wird den Menschen und der Umwelt in unserem Land guttun.

Die SPD hat die besseren Konzepte: Während Töpfer sich als Reparaturminister für wachsende Umweltprobleme versucht, wird die SPD eine nachhaltige Wirtschaft fördern, die schon im Ansatz Umweltbelastungen vermeidet. Wir brauchen Herstellungsverfahren, die weniger Rohstoffe und Energie verbrauchen und Abfälle von vornherein vermeiden, und Produkte, die am Ende ihres Lebens problemlos in biologische und technische Kreisläufe zurückgeführt werden können. Dazu ist ein Kreislaufwirtschaftsgesetz notwendig, das diesen Namen auch verdient. Der kürzlich nur durch den Druck der SPD-Länder verbesserten Abfallgesetz-Novelle wird eine neue Bundesregierung in Kürze ein Stoffgesetz folgen lassen.

Der Belastung von Menschen und Umwelt durch Schadstoffe wird eine SPD-geführte Regierung mit allen Mitteln entgegenwirken: Beispielsweise werden wir künftig die Festlegung von Grenzwerten für Schadstoffe viel stärker an der Gesundheit unserer Kinder ausrichten müssen. Ihr Organismus reagiert viel empfindlicher auf Belastungen und im Verhältnis zu ihrem geringen Körpergewicht nehmen sie weit größere Schadstoffmengen auf. Der durchschnittliche 75-Kilo-Mann ist einfach ein falscher Maßstab.

Für den Schutz des Wassers muß ebenfalls erheblich mehr getan werden als bisher. Die Oberflächengewässer leiden unter den großen Mengen an schwer abbaubaren Chemikalien, die über das Abwasser ausgeschwemmt werden. Beispielsweise landen nach neuesten Untersuchungen allein aus der Textilindustrie jedes Jahr rund 80.000 Tonnen Hilfs- und Ausrüstungsmittel im Abwasser, die Farbstoffe sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Wenn wir Flüsse, Seen und die darin lebenden Tiere und Pflanzen vor Gefahren schützen wollen, müssen wir die Einleitung derartiger Stoffe drastisch senken.

Dem ständigen Wachstum des Straßenverkehrs darf man nicht tatenlos zuschauen. Eine SPD-geführte Regierung wird den Bundesverkehrswegeplan ändern, um den ungehemmten Straßenneu- und -ausbau zu stoppen, und sie wird umweltverträgliche Verkehrsmittel wie die Bahn endlich ausreichend fördern. Die Regierung Kohl will angeblich eine Senkung der Emissionen aus dem Straßenverkehr um ein Viertel erreichen, betreibt dabei aber eine Autovorzugspolitik, die uns bis zum Jahr 2010 glatt 15 Prozent mehr Kohlendioxid bringen wird. Das werden wir

ändern. Die Senkung des Benzolgehalts in Kraftstoffen und wirksame Maßnahmen gegen den Sommersmog werden wir sofort auf den Weg bringen.

(/22. September 1994/hgs/ks)

Die Richtung muß geändert werden

Unser Land braucht wirksame Anstöße zur Modernisierung von Industrie und Dienstleistung

Von Rudolf Draßler MdB*

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Bezogen auf die Entscheidung vom 16. Oktober sprechen vor allem die Herren Kohl und Schäuble seit neuestem gerne von einer Richtungswahl. Das ist wohl wahr. Kohl und Schäuble haben recht: Bei dieser Wahl geht es um die politische Grundrichtung in unserer Republik, um die Grundfrage, ob in unserem Land das sozialstaatliche Prinzip weiter gilt, oder ob wir abmarschieren in eine Republik der starken Ellenbogen.

Ausgerechnet diese Regierung, ausgerechnet CDU, CSU und FDP beklagen, kaum einer sei heute bereit, für dieses Land etwas zu tun, Gemeinsinn, Solidarität und Hilfsbereitschaft seien verkümmert. Ihnen muß entgegen gehalten werden, daß die Menschen sich so verhalten, wie die Regierenden es Ihnen immer wieder gepredigt, schlimmer noch, es ihnen Mal für Mal vorgelebt haben.

Wer unter dem verhängnisvollen Stichwort, "Leistung muß sich wieder lohnen", dem Busfahrer oder der Verkäuferin Steuern und Abgaben erhöht, während er sie gleichzeitig dem oberen Drittel in der Einkommenspyramide systematisch senkt, der ist nicht nur ungerecht, sondern der verhöhnt die Bereitschaft und den Willen der Menschen zur Leistung. Er vergiftet das gesellschaftspolitische Klima.

- o Man kann nicht folgenlos zwölf Jahre den ökonomischen und sozialen Egoismus politisch prämiieren und sich hinterher wundern, daß vielen Menschen zum Stichwort Solidarität nichts mehr einfällt.

Hier liegt der Kern der Richtungsentscheidung um die es geht. CDU/CSU und FDP wollen nach diesem Schema weitermachen. Sie sind zu sozialstaatlichen Systemüberwindern geworden.

Bestes Beispiel ist die Absicht der Koalition die Bezugsdauer der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre zu begrenzen und die Langzeitarbeitslosen danach in die Sozialhilfe abzudrängen. Hunderttausende Menschen würden auf diese Weise erneut weiterem sozialen Abstieg preisgegeben. Wenn es je eines Beweises bedurft hätte, daß diese Regierung die Arbeitslosen und nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft, hier ist er erbracht.

Die Menschen wollen eine sichere Zukunft, sie wollen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Und was tut diese Regierung? Sie macht sie zu Sozialhilfe-Empfängern.

- o Ja, es ist eine Richtungsentscheidung, wenn Sozialdemokraten diese Politik für die Zukunft beenden wollen!

Nach Angaben des statistischen Bundesamtes erreichten die Gesamtausgaben für Sozialhilfe im vergangenen Jahr das Rekordvolumen von 48,9 Milliarden DM. Noch nie in der bundesdeutschen Geschichte waren mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen, um ihren Lebensunterhalt mehr schlecht als recht zu sichern, als heute.

Zur gleichen Zeit wird am Rande der Frankfurter Messe bekannt, daß sich die Zahl der Millionäre in den letzten drei Jahren um über 30 Prozent erhöht hat. Beides zusammen zeigt doch: Die sozialen Verhältnisse in unserem Land driften auseinander, die Reichen werden reicher und die Armen ärmer.

Die Bundesregierung nimmt diesen Prozeß nicht etwa nur achselzuckend hin - was ja schon schlimm genug wäre - nein, sie fördert ihn mit ihrer Politik auch noch.

- o Ja, es ist auch eine Richtungsentscheidung, wenn die SPD ihren festen Willen bekundet, diese Entwicklung zukünftig zu stoppen!

Unser Land braucht wirksame Anstöße zur Modernisierung von Industrie und Dienstleistung. Aber nicht nur das. Es braucht auch eine Vielzahl gutausgebildeter Facharbeiter, Techniker, Lehrer, Ingenieure, weitsichtige Unternehmen, tatkräftige Handwerker, Forscher.

Zum Nulltarif gibt es die freilich nicht. Umschulen und Weiterbilden, Fördern des beruflichen Aufstiegs zum Meister oder Software-Einrichter sowie zum Werkstoff-Experten ist gewiß nicht billig. Das sind aber unendlich wichtige und weitreichende Investitionen in die Zukunft. Wo bleibt der Beitrag der Bundesregierung?

Es ist eine Tragödie, wie die amtierende Bundesregierung auf diese Entwicklung reagiert hat, die nicht erst seit gestern zu beobachten ist.

Sie baute die Förderung von beruflicher Vorbereitung, von Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung rasant ab.

1992 steckten jahresdurchschnittlich 863.000 Menschen in der beruflichen Weiterbildung. 1994 werden es noch 530.000 sein. Das ist ein Rückgang um fast 40 Prozent.

- o Es ist doch auch eine Richtungsentscheidung, dies wieder umzukehren und in der Beschäftigungspolitik für einen Neuanfang zu sorgen.

Die Kohl-Regierung hat bei ihren publizistischen Bemühungen zur Bekämpfung des Mißbrauchs ein neues Feindbild entdeckt. Nicht etwa illegale Steuertricks, oder Steuerhinterziehung; nein, diese Regierung konzentriert ihren Kampf auf die Empfänger von Sozialhilfe.

Was ist das für eine Politik, die beim Thema Mißbrauch zuläßt, daß Milliarden am Finanzamt vorbei illegal nach Luxemburg geschmuggelt werden und sich statt dessen auf die Ärmsten der Armen, die Sozialhilfeempfänger stürzt? Johannes Rau nennt das "einen Appell an den inneren Schweinehund derer, die auf Sozialhilfeempfänger herabschauen". Recht hat er.

- o Damit auch das zum Thema Richtungswahl klar ist: Auch in Sachen politischer Anstand ist eine Richtungsänderung in unserer Republik erforderlich.

Mit dem Liberalismus, den die FDP doch so heftig für sich reklamiert, verbietet sich ein universeller gesellschaftlicher Anspruch. Früher nannte man das Freisinnigkeit. Wer das bei der FDP hinterfragt, der landet nun bei der "Partei der Besserverdienenden". Es gibt keine liberale Partei in Europa die ihren inhaltlichen Anspruch an Politik in ähnlich jämmerlicher Weise so in die intellektuelle Bedürfnislosigkeit gewendet hat, wie die deutsche FDP.

- o Nun geht die FDP seit neuestem mit dem Slogan hausieren, wer FDP wählt, wählt Kohl
- o Ich kann das durchaus verstehen! Denn die Alternative wäre ja gewesen, wer FDP wählt, wählt Kinkel.

Wir wollen unserem Lande und seinen Menschen weitere vier Jahre orientierungslosen Konservatismus ersparen. Friedrich Schoriemeier hat in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels eine ebenso einfache wie eindringliche Mahnung mit auf den Weg gegeben. Er sagte:

"Eine Gesellschaft, die sich tendenziell in Arme und Reiche spaltet, wird für sich selbst gefährlich."

(-/22. September 1994/hgs/ks)

* Rede im Deutschen Bundestag

Kapitulation auf der ganzen Linie **Bankrott der Bundesregierung beim Klimaschutz**

Von Liesel Hartenstein MdB
Stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre"

Trotz krampfhafter Verschleiерungsberühungen und auf Täuschung angelegter Rechenexempel läßt es sich nicht leugnen, daß die Bundesregierung vor dem Bankrott ihrer Klimaschutzpolitik steht. Der Beschluß der Bundesregierung vom November 1990, der auch von der SPD begrüßt wurde, die CO₂-Reduktion in der Bundesrepublik bis zum Jahre 2005 um 25 bis 30 Prozent zu senken, ist endgültig zur Makulatur geworden.

Aber die Bundesregierung besitzt nicht den Mut zur Wahrheit. Im Gegenteil, sie versucht durch Rechentricks vor der deutschen Öffentlichkeit und im Ausland sich ein positives Image anzuhelfen: Zwischen 1987 und 1993 seien die bundesdeutschen Emissionen um 15,7 Prozent zurückgegangen. Dies sieht nach enormer umweltpolitischer Leistung aus. In Wirklichkeit ist es ein Etikettenschwindel, denn hier wird einfach der Zusammenbruch von fast 3/4 der ehemaligen DDR-Betriebe umweltpolitisch als "Verdienst" verkauft.

Tatsächlich zeigen die Zahlen, daß die CO₂-Emissionen in Ostdeutschland von 1987 bis 1993 fast um die Hälfte zurückgegangen sind (von 353 auf 181 Millionen Tonnen), in den alten Ländern sind sie dagegen angestiegen.

Mit solchen unlauteren Tricks kann die Politik nicht vor der großen Herausforderung einer drohenden Klimakatastrophe bestehen. Da hilft es wenig, daß Bundesumweltminister Töpfer immer wieder den "Geist von Rio" beschwört und sich inbrünstig zu der globalen Verantwortung der Bundesrepublik bekennt.

Kapitulation im Vorfeld?

Genausowenig wie die Bundesregierung die Versprechungen des Bundeskanzlers in Rio eingelöst hat, zeigt sie sich den Anforderungen der ersten Nachfolgekonzferenz im März 1995 in Berlin gewachsen. Vorliegen sollte - und zwar bis 28. September! - ein Protokollentwurf, der die äußerst vage Klimarahmenkonvention vom Juni 1992 endlich konkret ausfüllen sollte:

- mit festen Reduktionsraten zur Senkung der CO₂-Emissionen und
- mit der Vorgabe verbindlicher Fristen, in denen die Verminderung zu erfolgen hat.

Daraus wird nichts.

Denn schon im Vorfeld blockierten sich die Bonner Ressorts gegenseitig in unsäglich Weise: Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft verbündeten sich mit vereinten Kräften gegen einen wirksamen Klimaschutz, sodaß Töpfer mit gebundenen Händen darsteht. Und was insbesondere ins Gewicht fällt: Es fehlt ihm die Rückendeckung des Kanzlers. Kohl hat sich noch vor zwei Jahren in Rio als Pionier des globalen Umweltschutzes feiern lassen, heute ist zu erkennen, daß dies Blendwerk war.

Die Bundesregierung ist handlungsunfähig. Kümmerlicher Restbestand des angestrebten Protokollentwurfs ist ein sogenanntes Positionspapier, daß bescheidene Empfehlungen gibt, dergestalt, daß die deutschen Industrieländer doch "darauf hinwirken" sollten, diese oder jene Maßnahmen zu ergreifen, Programme zur Reduzierung der Treibhausgase zu fördern und dergleichen mehr.

Kapitulation auf der ganzen Linie.

Wenn Töpfer als EU-Ratspräsident schon zu Hause scheitert, ist von der Europäischen Union beim Klimaschutz nicht viel zu hoffen.

Düstere Aussichten für die Zukunft, düstere Aussichten für die Stabilität des Weltklimas. Wir brauchen endlich eine Regierung, die ihre Verantwortung vor der Zukunft ernst nimmt und handlungsfähig ist.

(-/22. September 1994/hgs/ks)

Den Binnenmarkt vollenden

Initiativen der deutschen Ratspräsidentschaft sind jetzt fällig

Von Christa Randzio-Plath MdEP

**Wirtschafts- und währungspolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten und
Norbert Glante MdEP**

Ein klares Wort der Binnenmarktminister zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes ist anlässlich des informellen Treffens der Binnenmarktminister in Frankfurt an der Oder vom 23. bis 25. September fällig.

Verbraucher, Industrie und Handel beklagen zu recht die immer noch bestehenden Hindernisse bei der Freiheit des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Freizügigkeit der Personen. Allein im Warenverkehr existieren noch 31 Beschränkungen. Nicht zu akzeptieren ist die zögerliche Umsetzung der Freizügigkeit für Personen. Der Mensch muß im Mittelpunkt der Binnenmarktpolitik stehen. Deswegen muß Schluß sein mit den Grenzkontrollen. Deswegen brauchen wir eine lückenlose Anerkennung von Ausbildungsgängen und Ausbildungszeiten, damit insbesondere junge Menschen die Freizügigkeit in der EU nutzen können.

Die meisten wirtschaftlichen Probleme gibt es mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Zu recht begreifen BürgerInnen den Binnenmarkt nicht, wenn eine Überweisung über einen Betrag von DM 25 von Deutschland nach Frankreich oder in die Niederlande DM 50 kostet und selbst bei geringer Entfernung länger dauert als innerhalb eines EU-Landes. Von daher ist eine Initiative der deutschen Ratspräsidentschaft geboten, um die Banken zu Gebührensenkungen zu zwingen.

Nicht vergessen sollte die deutsche Ratspräsidentschaft die Einflußnahme auf die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit und Wettbewerbssituationen durch die fehlende Steuerangleichung beeinträchtigt wird. Das gilt nicht nur für die Mehrwertsteuer, sondern vor allem für die steuerliche Diskriminierung der Rechtsform der Personengesellschaft. Die Europaabgeordneten fordern die Binnenmarktminister auf, die EU-Programme für kleinere und mittlere Unternehmen in denjenigen mittel- und osteuropäischen Staaten zu öffnen, die wie zum Beispiel Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei Assoziationspartner der EU sind.

"Lobby" für den Einstieg in die Informationsgesellschaft erwarten wir von der deutschen Ratspräsidentschaft: Schließlich ist die Unterentwicklung der Europäischen Union im Bereich der Informationsdienste ein beschwerliches Hindernis für die Umsetzung der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit. Es bedarf eines ordnungspolitischen Konzeptes, der Harmonisierung von Rechtsvorschriften sowie einer gemeinschaftlichen Normungs- und Sicherheitspolitik.

(-/22. September 1994/hgs/ks)
